

## Eisenhower warnt vor Atom-Gefahr

### Appell zur Verständigung der „Atom-Kolosse“ — Weltgefahr Nr. 1

New York (AP/DPA). „Heute übertrifft die Explosionskraft der amerikanischen Atomvorräte, die täglich wachsen, viele Male die Explosionsgewalt aller Bomben und aller Granaten, die von allen Flugzeugen, mit allen Kanonen auf allen Kriegsschauplätzen des zweiten Weltkrieges abgeworfen und abgefeuert wurden.“ Das erklärte der amerikanische Präsident Eisenhower in einer großen Rede „über die Gefahren des Atomzeitalters“ vor der UN-Vollversammlung.

Eisenhower richtete einen eindringlichen Appell an die Großmächte, das Atom-Wettrüsten zu beenden und unter der Obhut der UN eine internationale Atomenergiebehörde für die friedliche Nutzung der Atomkraft zu schaffen. Er betonte nachdrücklich, daß die Sowjetunion selbstverständlich an einem derartigen Projekt mitwirken müsse.

Eisenhower sagte die Zustimmung des UN-Kongresses zu jedem Programm voraus, das folgende vier Punkte enthalte:

1. Einleitung einer Untersuchung über die wirkungsvolle Nutzung spaltbarer Stoffe,

2. Verringerung der Atomwaffenvorräte auf der ganzen Welt,

3. allen Völkern die Überzeugung zu verschaffen, daß die Großmächte in Ost und West in erster Linie am Fortschritt der Menschheit und nicht am Aufbau der Kriegsrüstung interessiert sind,

4. auf neuen Wegen in öffentlichen und geheimen Konferenzen die Lösung aller Probleme anzustreben, die die Welt in Furcht versetzt haben und positive Fortschritte auf dem Wege zum Frieden verhindern.

Der Präsident verwies dann darauf, daß außer Amerika und seinen Verbündeten auch die Sowjetunion mindestens eine Atomexplosion ausgelöst habe.

Die USA seien zwar auch

heute noch überlegen und in der Lage, schnell und entschlossen zurückzuschlagen und das Land

eines Angreifers zu verüben, doch sei dies nicht Ausdruck der Ziele der USA.

In einer geteilten Welt erfordere „das Suchen nach dem Wege aus dieser dunklen Kammer des Schreckens Geduld und lange Zeit schrittweisen Vorgehens“. Die beiden „Atomkolosse“ müßten jetzt anfangen, diese Schritte zu tun.

## Die Antwortnote der Westmächte

Viererkonferenz am 4. Januar in Berlin vorgeschlagen

Washington (AP). Die Antwort der Westmächte auf die letzte sowjetische Note, in der sich Moskau mit Viermächtebesprechungen einverstanden erklärte, wurde in Moskau überreicht. Die amerikanische Note, die sich inhaltlich mit den Noten Großbritanniens und Frankreichs deckt, hat folgenden Wortlaut:

„Die Regierung der Vereinigten Staaten ist erfreut, aus der Note der sowjetischen Regierung vom 26. November zu entnehmen, daß diese jetzt bereit ist, an einem Treffen der Außenminister des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten, Frankreichs und der Sowjetunion teilzunehmen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hofft, daß dieses Treffen zur Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und zum Abschluß eines österreichischen Staatsvertrages führen wird.

Die Regierung der Vereinigten Staaten ist zuversichtlich, daß ein wirklicher Fortschritt in Richtung auf die Regelung der besonders dringlichen deutschen und österreichischen Fragen zur Lösung anderer großer internationaler Probleme ein-

schließlich dem der europäischen Sicherheit beitragen wird. In diesem Zusammenhang bestätigt die Regierung der Vereinigten Staaten erneut, daß der freiwillige Zusammenschluß der freien Länder des atlantischen Bündnisses sowie die Maßnahmen gewisser europäischer Staaten zur Entwicklung ihres Wohlstandes und Gewährleistung ihrer gemeinsamen Sicherheit ausschließlich defensiven Charakter tragen und ein kollektiver Beitrag zum Frieden sind.

Die sowjetische Regierung hat ihren Wunsch zum Ausdruck gebracht, über die Möglichkeit einer Fünfmächte-Konferenz zu sprechen. Die bevorstehende Zusammenkunft der vier Außenminister wird jeder teilnehmenden Regierung die Möglichkeit geben, ihre Ansicht zu dieser Frage zum Ausdruck zu bringen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten schlägt, nachdem sie sich mit der deutschen Bundesregierung und den deutschen Behörden in Berlin besprochen hat, vor, daß das Zusammentreffen der vier Außenminister am 4. Januar 1954 im Gebäude, das von dem Alliierten Kontrollrat in Berlin benutzt wurde, beginnen sollte.“

## Bermuda—Berlin

Die Bermuda-Konferenz ist beendet — die Berlin-Konferenz steht bevor. Das ist jetzt zu konstatieren, während die neue Note der Westmächte an die Sowjetunion übergeben wird. Soviel scheint festzustehen: Bermuda brachte keine neuen Gegensätze innerhalb der drei Westalliierten; zumindest im Hauptproblem — der Notwendigkeit einer baldigen Aussprache mit den Sowjets — wurden sie vielmehr enger zusammengeführt.

Diese westliche Übereinstimmung, Anfang Januar in Berlin zur Viererkonferenz bereit zu sein, ist ein tatsächliches, ein beachtliches Ergebnis, das die Konferenz auf Bermuda noch nachträglich rechtfertigt. Es wird verständlicherweise von Berlin aus besonders lebhaft begrüßt. Im politischen Kristallisationspunkt Berlin dürfte die Viererkonferenz keine Gefahr laufen, sich bei der Erörterung der akuten und konkreten Probleme in abstraktem Akademismus zu verlieren. Zudem hat Bermuda, einer vorliegenden offiziellen britischen Erklärung zufolge, die Übereinstimmung der drei Westmächte in den Grundsatzforderungen der deutschen Wiedervereinigung erneut bekräftigt.

Es besteht jetzt also eine durchaus solide Verhandlungsbasis für die Westmächte in Berlin. Vor der Bermuda-Konferenz schien sie durch die französischen Vorgänge noch nicht gefestigt zu sein. Zwar kam es auch auf Bermuda zu Auseinandersetzungen mit Frankreich über die EVG, die Saar, die NATO und die britischen und amerikanischen Militärgarantien. Das war vorauszusehen und es bleibt vorauszusehen, daß diese Diskussionen andauern werden. Aber die Meinungsverschiedenheiten haben sich in Gegenwart Eisenhowers und Churchills nicht als so scharf und so unüberbrückbar erwiesen, daß die Bereitschaft zur Viererkonferenz — die eine weitgehende westliche Übereinstimmung und Einigkeit voraussetzt — dadurch in Frage gestellt worden wäre. Diese grundsätz-

liche Übereinstimmung auf Bermuda dürfte sich in Berlin noch erweitern und festigen lassen, wenn man den Sowjets gegenüber sitzen wird.

Offenbar war es jedenfalls für die Westmächte nicht schwierig, endgültig und gemeinsam die Zusage nach Moskau zu geben. Wichtiger und schwieriger war die zweite Aufgabe, nämlich eine volle Einigung über die auf der Viererkonferenz zu vertretende Politik des Westens zu gewinnen: über ihre Ziele und Methoden, über ihre Möglichkeiten und Grenzen. Möglichst geschlossene Front — das ist die entscheidende westliche Vorfrage des Vierertreffens, von der man nur wünschen kann, daß sie in bester Übereinstim-

mung gelöst werden kann. Die Konferenz selbst wird dann, nachdem jahrelang nur Nöten, aber keine Worte gewechselt worden sind, zunächst ein Erkundungsmittel sein. Dabei sollte man insbesondere ergründen, ob es abseits der bisher bezogenen und erstarrten Positionen neue Möglichkeiten gibt, die den toten Punkt überwinden und allmählich eine Lösung herbeiführen können. In diesem Zusammenhang ist vor allem die neue Idee eines europäischen Sicherheitssystems von Bedeutung. Die Sowjetunion hat an den Gedankengängen, wie sie von Churchill und Adenauer entwickelt worden sind, ein gewisses Interesse gezeigt, dem man ernsthaft nachspüren sollte.

## Fünf Jahre Freie Universität

Es begann in einer Villa — Gesamtdutsche Aufgabe

Fünf Jahre sind kein Alter für eine Universität, auch eigentlich noch kein Grund zum Feiern, doch ein Augenblick der Rück Erinnerung sollte gestattet sein. Als im Winter des Blockadejahres 1948 Professoren und Studenten darangingen, im freien Teil Berlins aus dem Nichts heraus eine neue Universität zu begründen, haben nicht nur notorische Skeptiker bedenklich mit dem Kopf geschüttelt. Es fehlte doch praktisch an allem, als wenige Untentwegte in einer kleinen Dahlemer Villa Fragebogen zum ersten Semester der Freien Universität Berlin ausgaben, die mehr in ihrer Vorstellung als in Wirklichkeit existierte. Wenn man heute feststellt, daß der Impuls zur Gründung dieser neuen Hochschule von dem empfindlichen Gewissen und dem Freiheitswillen der Studenten ausgegangen ist, so stimmt das. Sie haben an der Universität Unter den Linden die ersten Opfer bringen müssen und sie haben in jugendlichem Idealismus von Anfang an gegen geistige Unterdrückung rebelliert, als die Älteren noch an die Unerschütterlichkeit einer so festgefühten akademischen Institution, wie es die Universität Berlin einmal war, glaubten. Aber als die Forderung einmal gestellt war, fanden sich viele Professoren und Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben unserer Stadt, die mithalfen,

diese Forderung in die Tat umzusetzen.

Heute nach fünf Jahren ist die Freie Universität mit 6000 Studenten, sechs Fakultäten und 95 wissenschaftlichen Instituten eine konsolidierte Hochschule.

Mehr als das, was erreicht wurde, interessieren die bisher ungelösten Probleme. Die Freie Universität hat sich bei ihrer Gründung die Aufgabe gesetzt, vor allem eine Stätte der freien Lehre und Forschung für die Jugend aus der Sowjetzone zu sein.

Im ersten Semester betrug der Anteil der Studenten aus dem sowjetisch besetzten Gebiet über 45 Prozent. Im Laufe der ersten zehn Semester hat dieser Prozentsatz regelmäßig abgenommen, so daß im Augenblick nur noch etwa 38 Prozent der Studenten aus Mitteldeutschland stammen. Dieser Prozentsatz soll wieder gesteigert werden.

Der Rektor der Freien Universität, Professor Dr. Hirsch, erklärte: „Wenn die Gründung der Freien Universität überhaupt einen Sinn gehabt haben soll, muß dieses Problem bald gelöst werden.“ Wenn Berlin das nicht aus eigener Kraft könne, dann müsse es mit der Hilfe des Bundes gelingen, denn die Sicherung einer freien Lehr- und Forschungsstätte für die unterdrückte Jugend der Ostzone sei eine im echten Sinne gesamtdutsche Aufgabe.

## Lebensmittel-Kartei im Reißwolf

Berlin (Eigenmeldung). Drei Millionen Karteikarten der beiden Westberliner Lebensmittel-Aktionen für die Sowjetzone werden jetzt durch den Reißwolf gejagt und zu Papierwolle verarbeitet. Übrig bleiben nur 3 mm breite Schnitzel und Streifen, die unkenntlich und unleserlich sind. Täglich schafft die Fräsmaschine etwa 150 000 Karten, so daß in rund 40 Tagen sämtliches Aktenmaterial vernichtet sein wird. Die Ostpresse hatte immer wieder behauptet, die Karteien würden als Agenten-Verzeichnisse aufbewahrt werden.

## Mehr Interzonenzüge?

Elzen (AP). Wie aus unterrichteten Kreisen verlautet, hat die Bundesbahn Vorbereitungen getroffen, um auf der Strecke Hannover—Stendal—Berlin den Interzonenreiseverkehr wieder aufzunehmen. Über die Wiedereröffnung dieser für den Personenverkehr seit 1945 gesperrten Strecke soll mit den Pankower Eisenbahnbehörden verhandelt werden.

## Jährlich 550 000 Wohnungen

Bonn (DPA). Bundeswohnungsbauminister Dr. Preusker gab bekannt, daß die Bundesregierung plant, in jedem der nächsten vier Jahre 550 000 Wohnungen zu bauen. Das ist einer der wesentlichen Punkte des von der Bundesregierung beschlossenen Wohnungsbauprogramms.

## Ärzte-Kongreß in Berlin

Berlin (Eigenmeldung). Die „Kongreß-Gesellschaft für ärztliche Fortbildung“ hat, nach dem Erfolg der beiden vorangegangenen ebenfalls in Berlin veranstalteten Tagungen, auch ihren dritten Kongreß für die Zeit vom 9. bis 13. Juni nach Berlin einberufen.

## „Ihr sollt mir Zeugen sein“

Fulda (KNA). „Ihr sollt mir Zeugen sein“, heißt das Leitwort des 76. Deutschen Katholikentages, der vom 30. August bis 5. September 1954 in Fulda

## Moskau verschenkt nichts

### „Großzügige Rückgabe“ — Ein schlechtes Geschäft

Wie war man des Lobes über die Großmütigkeit der sowjetischen Freunde voll, als sie versprachen, die letzten 33 SAG-Betriebe zurückzugeben. Etwa 200 Betriebe in der Sowjetzone hatten sie sich angeeignet, obwohl ihnen die Potsdamer Beschlüsse gar keine Handhabe dafür geboten haben. Aber sie nahmen sie als sowjetische Betriebe in ihren Besitz, ließen sie jahrelang unter besonders vorteilhaften Bedingungen für sich arbeiten und verschafften sich auf diese Weise Reparationen größten Ausmaßes.

Die überwiegende Mehrzahl solcher Betriebe wurde bereits schon zurückgegeben. Die fettesten Bissen von ihnen hat man bis jetzt behalten, darunter, um nur einige zu nennen, Leuna, die Stickstoffwerke in Piesteritz, die Agfa-Fabrik in Wolfen, die Maschinenbetriebe Krupp-Gruson, Buckau-Wolff, ferner große Benzin- und Kohlenbetriebe. Feierlich wurden jetzt von einer sowjet-deutschen Kommission über das Verfahren der „entschädigungslosen Übergabe“ in das Eigentum des Volkes Proto-

kolle unterzeichnet, wonach sich diese Übergabe mit allen Aktiven und Passiven einschließlich der Patente, der Patentanmeldungen und der „technischen Dokumentation“ vollziehen soll.

Aber wohl gemerkt, nach dem Stande vom 1. Januar 1954. Bis dahin ist noch eine Frist von vier Wochen. Und wir wissen aus eigener Berliner Erfahrung, was sich unter russischer Besatzung innerhalb von vier Wochen erziegen kann.

Über den Inhalt der Protokolle und der zur Durchführung der Übergabe für jeden Betrieb noch anzufertigenden Protokolle wird nichts mitgeteilt, wahrscheinlich aus guten Gründen. Es ist seit langem bekannt, daß die Sowjets unter entschädigungsloser Rückgabe etwas ganz anderes verstehen als der gewöhnliche Sterbliche, der sicherlich der Meinung sein müßte, daß die Betriebe, so wie sie jetzt sind, zurückgegeben werden. Stattdessen aber hört man, daß die Betriebe nochmals ausgekämmt werden. Es geht ihnen offenbar so wie den Gefangenen, die vor ihrer Freilassung nochmals gründlich untersucht werden.

Was die SAG investiert haben, muß teuer bezahlt werden. Für die den SAG gewährten angeleglichen hohen Kredite müssen an die Garantie- und Kreditbank jährlich Zinsen und Tilgungen geleistet werden, die die Betriebe noch auf Jahre belasten, den Sowjets aber hohe Beträge zuführen.

An die Stelle der Reparationslieferungen treten langfristige Exportlieferungsverpflichtungen. Das wird z. B. von dem SAG-Betrieb Polysium in Dessau bestätigt, der mitteilt, daß der größte Teil der Aufträge für die Sowjetunion bestimmt ist. Es fragt sich allerdings, zu welchen Preisen geliefert werden muß. Wenn dafür noch die 1944er Preise gelten, so kann man sich ungefähr ausrechnen, welche Belastung der Sowjetzone dadurch entstehen muß. So sieht die großzügige Rückgabe der SAG-Betriebe in der Praxis aus, die sie nach wie vor in den Dienst der Sowjetunion stellt.

stattfindet. Das gaben das Präsidium und der geschäftsführende Ausschuß des Zentralkomitees der deutschen Katholiken bekannt. Es wurde betont, daß der Ausschuß beschlossen habe, in der Gestaltung des Programms neue Wege zu gehen. --

## Umfrage:

### Nicht kommunistisch

Allensbach (Bodensee), (DPA). Rund 80 Prozent der Bevölkerung des Bundesgebietes sind überzeugt, daß die Bewohner der Sowjetzone keine Kommunisten sind. Bei einer Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach vertraten 57 Prozent der Befragten den Standpunkt, daß die Bewohner Mitteldeutschlands überwiegend gegen den Kommunismus eingestellt sind. 22 Prozent glauben, daß die Bevölkerung der Zone entschieden antikommunistisch ist. Der Rest hatte keine Meinung.

## Pestflöhe aus Moskau

### Eindeutige Gegenbeweise — Geständnisse wurden erpreßt

Das Märchen von den Pestflöhen, von den Bomben mit Typhus- und Cholerabakterien, die die Amerikaner angeblich während des Korea-Krieges über Nordkorea und der Mandschurei abgeworfen haben, geistert noch immer durch die kommunistische Propaganda von Radio Peking bis zur „Täglichen Rundschau“.

Sogar prominente Anhänger Moskaus werden bemüht, um die offensichtlich windschiefen Behauptungen zu stützen. Am 26. November erschien zum Beispiel in der „Täglichen Rundschau“ ein Bericht des roten Dekans von Canterbury, Dr. Johnson, der sich angeblich durch kommunistische Dokumentarstellungen, Aussagen unter Druck stehender Chinesen und Berichte eindeutig kommunistischer „Internationaler Komitees“ von der Tatsache amerikanischer Bakterien-Kriegführung „überzeugen“ ließ.

Im Westen ist diese Moskauer Propaganda-Aktion nie recht ernst genommen worden. Die Unwahrheit war zu deutlich erkennbar. Dennoch lohnt es sich, die Fülle der sachlichen Gegenbeweise zu betrachten, die sich in der Zwischenzeit angesammelt haben.

Man erkennt dann einmal mehr, mit welcher Beharrlichkeit Moskau imstande ist, einmal in die Welt gesetzte Lügen hartnäckig gegen alle Gesetze der Vernunft zu verteidigen.

Als wesentlichster „Beweis“ für den Bakterienkrieg wurden seinerzeit die „Geständnisse“ von 19 amerikanischen Fliegern angeführt, die in kommunistische Gefangenschaft geraten waren. 16 dieser Flieger sind inzwischen in die Freiheit zurückgekehrt und haben ausgesagt, daß sie in hochnotpeinlichen Verhören, teilweise mit grausamen Foltermethoden, von hohen sowjetischen Offizieren und Geheimbeamten zu den Geständnissen gezwungen wurden. Selbst nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes fanden derartige Verhöre noch statt. Zu Beginn des Krieges war nie von „Pestflöhen“ die Rede gewesen. Erst als die Propaganda-Anweisung aus Moskau kam, in Korea und China ausgebrochene Seuchen (die dort wegen der Ungezieplage nicht selten sind) als

Folge eines amerikanischen Bakterienkrieges hinzustellen, suchte man nach „Bakterienfliegern“.

Über alle diese Vorgänge haben die USA im Politischen Ausschuß der UN authentisches Material vorgelegt. Vor allem aber erklärten die 16 heimgekehrten Flieger, daß ihre Geständnisse erpreßt worden seien und widerriefen sie in allen Einzelheiten.

Jedem war klar, was diese Menschen in der Gefangenschaft erlebt hatten. Man muß sich vorstellen: Sie, die angeblich das „schlimmste Kriegsverbrechen“ begangen hatten, waren von den Sowjets freigelassen worden! Man hatte sie, nachdem sie ihr „Geständnis“ abgelegt hatten, auch nicht bestraft. Diese Flieger wußten, daß sie bei ihrer Heimkehr die Verantwortung für ihre erzwungenen Geständnisse tragen mußten. Und doch drängten sie sich danach, von den Kommunisten freizukommen. Alle waren bereit, nach ihrer Entlassung für ihre Schwäche zu büßen und baten, vor ein amerikanisches Kriegsgericht gestellt zu werden. Die Welt kennt Moskauer Vernehmungsmethoden vom Fall Oatis bis zum Mindszenty-Prozess. Die Kommunisten aber hatten keine Hemmung, ihrerseits zu erklären, nicht sie hätten die Geständnisse von den Fliegern erpreßt, sondern die Wider-

rufung sei erzwungen worden. Alle 16 Flieger haben diese Verdächtigung energisch zurückgewiesen.

Das stört Moskau nicht. Die Propaganda arbeitet dort nach eigenen Gesetzen und alten Regeln. Die koreanischen Pestflöhe sind ja nicht neu! Stalin hat schon im zweiten Weltkrieg Japan des Bakterienkrieges beschuldigt.

Bei den japanischen Kriegsverbrecherprozessen erklärte bereits der amerikanische Hauptankläger, Keenan, die Behauptung über japanischen Bakterienkrieg sei unwahr. Es sei weit mehr Grund vorhanden, Stalin als Kriegsverbrecher anzuklagen als den Kaiser Hirohito. Die Äußerungen der UN-Delegierten über die koreanischen Pestflöhe sind nicht weniger deutlich. Der türkische Delegierte Sarper erklärte, es sei klar, daß keiner der amerikanischen Gefangenen freiwillig ein Geständnis abgelegt habe. Der Kubaner Dr. Nunez-Portuondo betonte: „Die von den Sowjets erhobenen Anklagen sind nur ein Beispiel mehr für die betrügerische kommunistische Propagandatechnik!“

Moskau ist das alles gleichgültig. Es brauchte die Bakterienbomben, um von einem Bruch des Genfer Abkommens sprechen zu können, nachdem es dieses Abkommen selbst tausendfach gebrochen hatte. Denn es ist bewiesen, daß über 5000 amerikanische Soldaten und weit mehr Südkoreaner in der Gefangenschaft von den Kommunisten ermordet wurden. Das kann auch das beharrlich vortragene Märchen vom Pestfloh, der tatsächlich aus der Moskauer Propagandazentrale kommt, nicht verdecken.

## UN verurteilen Kriegsgreuel

New York (AP). Die UN-Vollversammlung hat die kommunistischen Grausamkeiten in Korea scharf verurteilt. Sie nahm gegen den heftigen Widerstand des Sowjetblocks mit 42 gegen fünf Stimmen bei zehn Enthaltungen eine von den Westmächten unterstützte scharfe Entschließung gegen die Kriegsverbrechen der Kommunisten an.

Außerdem haben die UN die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten nachdrücklich aufgefordert, alle noch zurückgehaltenen Kriegsgefangenen umgehend zu repatriieren, die Gefangenen nach den Bestimmungen des Völkerrechts zu behandeln und mit der UN-Kriegsgefangenenkommission zusammenzuarbeiten.

## „Volksarmee“ mit Sowjet-Nachschub

Die neue Werbeaktion der kasernierten Volkspolizei — Arbeitslosigkeit als Druckmittel

Wenn die kommunistische Presse Wochen und Monate über ein bestimmtes Thema schweigen muß, hat das SED-Zentral-Komitee dafür stets einen bestimmten gewichtigen Grund. Diesmal ist es die Kasernierte Volkspolizei, über die die Ostzeitungen seit Anfang November nichts mehr ohne besondere Genehmigung der SED-Presselenkung publizieren dürfen. Seit fünf Wochen ist das Thema Kasernierte Volkspolizei für jede öffentliche Behandlung tabu. Was geschieht zur Zeit mit der „Nationalarmee“, und warum hat man den SED-Chefredakteuren intern angekündigt, es komme bald eine „neue Argumentation“ über die Kasernierte Volkspolizei heraus?

Niemand ist bisher in der Lage gewesen, den tatsächlichen Umfang der sowjetzonalen Streitkräfte genau anzugeben. Der Führungsstab der KVP hat es verstanden, durch ständige Umbesetzungen, Entlassungen und Neueinstellungen diesen Umfang zu verschleiern. Was heute in der Sowjetzone geschieht, hat in gewissem Grade Ähnlichkeit mit der Taktik militaristischer Gruppen nach dem ersten Weltkrieg: Bei verhältnismäßig geringer Effektivstärke eine größtmögliche Zahl von Soldaten auszubilden.

Innerhalb der letzten drei Jahre wurden z. B. mehrere zehntausend FDJ-Funktionäre militärisch ausgebildet, die heute in der „Gesellschaft für Sport und Technik“ (GST), im Verband der FDJ, der „Jungen Pioniere“ oder sogar in einfachen Verwaltungsstellen und Betrieben Dienst verrichten.

Nach dem 17. Juni wurden eine Reihe Entlassungen und Degradierungen vorgenommen, die man nach außen hin als Reduzierung der KVP hinstellte.

Seit Mitte Oktober ist jedoch die bisher intensivste Werbekampagne für die KVP im Gange. Jugendliche der Jahrgänge 1929—1936 werden unter den verschiedensten Versprechungen zum Waffendienst geleckt, vielfach mit Methoden, die man nicht einmal im Spätsommer 1952 anzuwenden wagte.

Gleichzeitig ist eine auffallende Zunahme militärischer Bauvorhaben zu beobachten. Überall werden ehemalige Kasernen wieder beschlagnahmt; sogar inzwischen als Partei- und FDJ-Schulen eingerichtete ehemals militärische Bauten werden requiriert.

Woher bekommt nun die KVP trotz der längst bekannten Zu-

stände in den Kasernen noch immer neue Rekruten? Da ist einmal der Millionenverband der FDJ. Seine Mitglieder müssen den Dienst in der KVP laut „Verfassung“ als „Ehrendienst“ für den Verband betrachten. Dennoch sind gerade aus der FDJ genügend Fälle bekannt, wo sich Jugendliche bis zum Verbands-Ausschluß standhaft weigern, Volkspolizisten zu werden. Gegen sie nutzt man die Jugendarbeitslosigkeit aus.

Die sowjetzonale Industrie hat bis zum 3. Quartal dieses Jahres einen Berufsausbildungsplan erfüllt, der weit über den tatsächlichen Anforderungen an Facharbeitern lag. Jetzt stehen die mittelmäßig ausgebildeten jungen Facharbeiter vor den Toren der „volkseigenen“ Betriebe und finden keinen Einlaß mehr.

Auf dem Arbeitsamt erfahren die Jugendlichen, daß es keine Stellen gibt. Etwas später kommen die Werber der örtlichen „Kreis-Werbekommission der KVP“. Sie versprechen eine „interessante Spezialausbildung“ und Beförderungen. Weigert sich der Jugendliche, wird ihm neuerdings erklärt, daß man

ihn als „Feigling“ und der westlichen Propaganda verfallenen „Tango-Bubi“ betrachte.

Neuerdings gehen KVP-Offiziere auch auf die Elternversammlungen und versuchen, die vor der Schulentlassung stehenden Oberschüler von ihren Eltern freizubekommen. Bisher ohne Erfolg. Auch in den Betrieben, wo jetzt wieder Werbekommissionen auftauchen, findet der Ruf in die Kasernen wenig Gegenliebe.

Trotzdem wird der monatliche Zustrom durch die neue Werbeaktion auf jeweils 10 000 Rekruten geschätzt. Bleibt die Frage, was bezweckt Pankow mit dieser Massen-Werbeaktion, die ohne die im letzten Jahr gekannte Reklame vor sich geht?

Es liegen Anzeichen dafür vor, daß die Sowjets der KVP etliche Aufgaben übertragen wollen, die bisher allein der Besatzungsmacht zufielen. Zum erstenmal hat die KVP in diesem Zusammenhang auch eigene Pflegergruppen aufstellen dürfen. Verschiedene KVP-Divisionen haben erstmals schwere Panzer erhalten und leichte Einheiten wurden modern motorisiert.

Und — was das Entscheidende für die KVP ist — sie erhält künftig eine eigene Versorgung, unabhängig von der Staatsreserve. Was auch in der Zone geschehen mag, Versorgungschaos und Hungersnot, die KVP bleibt davon unberührt.

Die „Volksarmee“ wird dem sowjetischen Nachschub eingegliedert, wird selbst zu einem unlöslichen Bestandteil der Sowjetarmee.

## An der „Friedensgrenze“

Berlin (Eigenmeldung). Wie erst jetzt bekannt wird, hat die Vopo am 26. November drei Deutsche, unter ihnen einen 17-jährigen, in Frankfurt an der Oder der polnischen Grenzmiliz übergeben. Die drei Verhafteten sollen von einem polnischen Gericht wegen „Grenzverletzung“ bestraft werden. Nach der Strafverbüßung in Polen sollen sie sich noch vor der Zonenjustiz wegen des gleichen Vergehens verantworten.

In diesem Zusammenhang wird aus der Hauptverwaltung der Volkspolizei bekannt, daß „Grenzverletzungen“ in Zukunft schwer bestraft würden. Die den polnischen Behörden übergebenen drei Personen sollen beim „Fischfang auf der Oder über-rascht“ worden sein. Sie waren dabei über die Grenze geraten und bei Anruf der Grenzmiliz geflüchtet, jedoch vom Vopo-Grenzschutz gestellt worden.

## Pankower Propaganda-Lügen

### Kontrollen in wenigen Minuten — Reiseverkehr verdoppelt

Bonn (DPA). Zuständige Stellen in Bonn haben die Behauptung des Pankower Rundfunks, die Bundesbehörden versuchten, den Interzonen-Reiseverkehr zu drosseln, als absolut unwahr zurückgewiesen. Es wurde betont, daß die Kontrollen im Bundesgebiet nur wenige Minuten dauern, da lediglich der Personalausweis vorgezeigt werden müsse.

Die Zahl der Ostberliner, die in die Bundesrepublik reisen, hat sich nach Abschaffung des Interzonenpaßzwanges mehr als verdoppelt.

### Wittenberger Kirche geschändet

Berlin (epd). In der Christuskirche der Lutherstadt Wittenberg wurde vor einem der letzten Gottesdienste eine schwere Kirchenschändung entdeckt. Unbekannte Täter hatten u. a. das Lesepult im Altarraum umgeworfen, die Paramente von der Kanzel, dem Taufstein und dem Lesepult abgerissen, die Vasen zertrümmert und die Altarkerzen gegen die Wand geschleudert.

### Arbeitsvertrag auf Parteibefehl

Berlin (Eigenmeldung). Von den 120 deutschen Spezialisten aus SAG-Betrieben, die von den Sowjets für eine zweijährige Arbeit in den UdSSR geworben werden sollen, haben bisher nur 32 einen „freiwilligen Ar-

beitsvertrag“ unterschrieben. Es handelt sich hauptsächlich um Ingenieure und Chemiker.

Spezialisten, die der SED angehören, wurde von der Partei „nahegelegt“, die Verträge zu unterschreiben. Falls sie trotzdem ablehnen, sollen sie einen entsprechenden „Parteibefehl“ erhalten. Bisher wurden fast nur SED-Mitglieder vorgeschlagen, da man hofft, sie leichter zur Vertragsunterschrift bewegen zu können.

## „Nationale Front“ wurde ausgehoben

Düsseldorf (DPA). Elf Angehörige der kommunistischen „Nationalen Front“ wurden in den letzten Tagen in Nordrhein-Westfalen verhaftet. Wie die Landespressestelle mitteilte, befanden sich darunter die beiden Landessekretäre und mehrere „Landesinstruktoren“. Außerdem wurden bei 87 Anhängern Hausdurchsuchungen vorgenommen.

Die Ermittlungen ergaben, daß der „Nationalen Front“ in der gesamten Bundesrepublik schätzungsweise 100 000 DM monatlich aus der Sowjetzone illegal zugeführt wurden. Sekretäre und Instrukteure erhielten Monatsgehälter zwischen 400 und 450 DM und einen Spesenzuschlag von etwa 120 DM. „Aktionen“ wurden besonders honoriert. Bei dem ersten Landes-

## 13 Milliarden Dollar Reparationen

Berlin (Eigenmeldung). Der Staatssekretär im gesamtdeutschen Ministerium, Thedieck, erklärte in einer Stellungnahme, aus der Sowjetzone seien in den acht Jahren seit Kriegsende für 37 Milliarden Mark Reparationen für die Sowjetunion herausgepreßt worden. Nach den amtlichen sowjetzonalen Devisenkursen entspreche diese Summe einem Betrag von 13 Milliarden Dollar.

sekretär wurden 2000 DM in Hundertmarkscheinen gefunden.

### Wettbewerbe als Verkehrsgefahr

Berlin (Eigenmeldung). Aus dem sowjetzonalen „Eisenbahnministerium“ wird bekannt, daß die ständigen Wettbewerbe in den Reichsbahn-Ausbesserungswerken fast zu einer „Verkehrsfährdung“ werden. Die Waggonen würden so oberflächlich zusammengepickt, daß man sie nach kurzer Zeit wegen Betriebsunsicherheit aus dem Verkehr ziehen muß.

### Post-Schnüffeldienst des SSD

Berlin (DPA). Mehrere tausend SSD-Angestellte sind in 25 Hauptpostämtern der Sowjetzone damit beschäftigt, täglich Zehntausende von Privatbriefen zu kontrollieren und auszuwerten.

Dies sagte am Mittwoch eine nach Westberlin geflüchtete frühere Mitarbeiterin der Zensurstelle Görlitz aus.

Nach ihrer Darstellung besteht dieser geheime Postüberwachungsdienst des SSD seit etwa 18 Monaten. Das Öffnen, Lesen und Verwerten der Briefe erfolgt unter strenger Geheimhaltung. Durch besonders konstruierte Anlagen werden mit Hilfe von Wasserdampf die Briefumschläge geöffnet, ohne daß es später der Empfänger feststellen kann.

## 58 Millionen protestierten

London (DPA). Die gesamte katholische Bevölkerung der englisch sprechenden Welt und des britischen Commonwealth protestierte in einer in London veröffentlichten Entschließung gegen die „widerrechtliche Inhaftierung“ des Primas von Polen, des Kardinals Wyschinski, durch die polnische Regierung. Der Protest soll der polnischen Regierung im Namen von 58 Millionen Katholiken überreicht werden.

In der Resolution, die von hohen Würdenträgern unterzeichnet ist, wird die polnische

Regierung aufgefordert, den Kardinal sofort freizulassen.

### Judin nach Peking

London (AP). Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR hat nach einer Mitteilung des Moskauer Rundfunks den stellvertretenden sowjetischen Hohen Kommissar für Deutschland, Pawel Judin, zum neuen sowjetischen Botschafter in Peking ernannt.

Judin löst Botschafter Kusnetzow ab, der erst am 10. März dieses Jahres nach Peking ging.



„Hoffentlich diesmal mit happy-end!“

## Die neuen Parteisünder

Auf 36 verschiedene Arten konnte ein Genosse sich bis zum Frühsommer dieses Jahres um sein Parteibuch bringen oder mindestens zu einer Parteirüge kommen: Als Opportunist oder Praktizist, Tifoist oder Objektivist, Karrierist oder Sozialdemokratist — die ganze Liste der „Gedankenverbrechen“ ließ sich beim besten Willen nicht im Kopf behalten.

Um einem dringenden Mangel abzuhelfen, sind nun seit dem 17. Juni noch elf neue Parteisünden dazugekommen, Amerikanische Dienststellen in Berlin haben sie nach gründlichem Studium der SED-Presse genau registriert. Die neuen Sünden, die das Parteichinesisch durch elf völlig unverständliche Vokabeln bereichern, heißen: Kleinbürgerliche Abweichungen, Kapitulantismus, Flagellantismus, Sektierertum, Fraktionstätigkeit, Brandlerismus, Dagmatis-

mus, Talmudismus, Dilettantismus, Revanchismus und — Jubilismus.

Was das alles im einzelnen bedeutet, mögen sich die Genossen selbst merken. Fest steht, daß damit für alles, was sie nach dem 17. Juni oder vor dem 17. Juni taten oder nicht taten, eine Parteisünde zutrifft, der die Strafe auf dem Fuße folgen kann.

Selbst die, die immer alles schön fanden, in der DDR das Paradies sahen und sinnlos nachredeten, was Pankow verkündete, sitzen in der Patsche: Sie sind „Jubilisten“. Denn sie haben über Dinge gejubelt, die Ulbricht nachher als „Fehler“ eingestehen mußte. Immerhin können sie sich trösten: Hätten sie nicht gejubelt, sondern über die Fehler geklagt, würde sie ihr Schicksal wegen „Flagellantismus“ erreichen. Und würden sie es gar gewagt haben, eine

## Nur flüstern . . .

### Gespenster

Geisterstunde. Zwei Gespenster unterhalten sich, ein dickes und ein dünnes. „Woher bist du denn so dick? Du hast wohl noch bessere Zeiten gesehen? Ich bin nämlich schon in der DDR gestorben, 1947 war das“, sagt das dünne Gespenst. Lächelt sein wohlbeleibter Kollege: „Ich starb nach dem ersten Weltkrieg. Da ging es uns noch viel besser!“

In diesem Augenblick geht ein spindel dünnes Wesen vorüber. „Was bist du denn für ein Gespenst?“ Der Neankömmling sieht sie nur müde an: „Ich bin gar kein Gespenst. Ich bin ein Aktivist und komme von meiner Nachtschicht!“

### Der Unterschied

Schulungsleiter: „Genosse Müller, kannst du uns ein Beispiel für den grundlegenden Unterschied zwischen Westdeutschland und der DDR sagen?“

Müller überlegt: „Also in Westdeutschland kann jeder sehen, wie aufgerüstet wird . . . und in der DDR darf es nicht jeder sehen!“

### Linientreue

Der Neulehrer in einer Dresdener Schule, der sonst seine Schüler immer vergeblich aufgefordert hat, sie sollten möglichst oft im FDJ-Blauhemd zum Unterricht erscheinen, wundert sich nach dem 17. Juni sehr: Alle Schüler erscheinen Tag für Tag mit dem blauen Hemd.

„Das freut mich, Kinder“, sagt er wohlwollend, „ich nehme an, ihr wollt damit Abscheu gegenüber den Provokateuren des 17. Juni ausdrücken.“

Tiefes Schweigen in der Klasse.

Greift sich der Lehrer einen Jungen: „Nicht wahr, deshalb trägt du doch das Blauhemd?“

Schüttelt der Junge den Kopf: „Nein, meine Mutter hat gesagt, ich soll es jetzt immer anziehen, damit ich es noch rechtzeitig auftrage. Nachher wird es ja doch nicht mehr gebraucht.“

Änderung der Zustände herbeizuführen, hätte man sie wegen „Fraktionstätigkeit“ verurteilt wie Wilhelm Zaisser.

Wie der Genosse es auch macht — es ist falsch. Diese Erkenntnis wird wohl bald dem Letzten die Tendenz zum „Jubilismus“ nehmen. Die SED-Mitglieder merken jetzt, was die Bevölkerung längst weiß: Vom kleinen Hausobmann Piesecke bis zu Walter Ulbricht haben sie alle zu früh gejubelt — auf jeden Fall.

## Arthur Koestlers Lebensbericht

### Aktuelle Autobiographie eines ehemaligen Kommunisten

Arthur Koestler, Jahrgang 1905, ist als Memeirenschreiber noch ein „junger Mann“. Hat er als solcher überhaupt schon das „Recht“ und die „Reife“, mit seinen Erfahrungen an die Öffentlichkeit zu treten? Er hat sie, weil er genügend Abstand besitzt von den Ereignissen und Taten seiner ersten sechsundzwanzig Lebensjahre. Er, der heute wie kaum ein anderer Schriftsteller als bedingungsloser Warner vor Terror und Gewalt den Kommunismus bekämpft, hat eine Entwicklungsstufe erreicht, aus der er die Irrungen und Wirrungen seiner ersten Lebensjahrzehnte kritisieren kann. Diese Jahre wurden für seine ganze Generation schicksalhaft.

Ein politisches Buch? Es ist ein solches, doch ist es eine Ausnahme im sprießenden, ja üppig wuchernden „politischen Schrifttum“ unserer Zeit. Eine erfreuliche Ausnahme: das Persönliche, oft Allerpersönlichste, Allzupersönlichste steht im Vordergrund. Weder schämige Bescheidenheit noch egoistische Glorifizierungssucht, sondern Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit führen Koestler die Feder.

Er hat Wesentliches zu berichten. Äußere Stationen seines Lebens bis zum dreißigsten Lebensjahr: das Ungarn des ersten Weltkriegs, Revolutionseindrücke, zionistischer Student in Wien, Kollektivbauer in Palästina, Journalist im Vorderen Orient, dann in Paris und schließlich in Berlin. Ein Mensch, ununterbrochen in geistiger Bewegung, antikonservativ-wurzellos, dynamisch, verfallen allen großen geistigen Erscheinungen seiner Zeit, ein ständiger Rebell (nicht Revolutionär!) gegen das Unrecht, der mehrfach konsequent alle Brücken eines gesicherten Lebens abbricht, wenn er sich hierzu als „fortschrittlicher Intellektueller“ innerlich verpflichtet glaubt — wie 1931, als er, enttäuscht von dem ängstlichen Prinzipienverrat der bürgerlich-liberalen Presse, wie viele sei-

ner Art die Alternative zu emporspülenden Nationalsozialismus im aktiven Kommunismus sieht, im „großen Experiment“ Sowjetrußland, das sich damals

## Weihnachtsmarkt am Funkturm

Eine ganze Halle; Liliputzüge — 210 Aussteller

Auf dem Weihnachtsmarkt am Berliner Funkturm haben in sechs Hallen 210 Aussteller ihre Stände zu einer Verkaufsschau aufgebaut. Eine Alt-Berliner Weihnachtspyramide zeigt in der „Brandenburg-Halle, wie stimmungsvoll im alten Berlin die Weihnachtsstuben geschmückt wurden. Hier geben sich auch Eckensteher Nante, die Harfenjule und die kessen Schusterjungen mit Berliner Bürgerfamilien ein Stelldichein. Wenige Schritte davon entfernt ist die Sonderschau „Kinder der Völker und ihr Spielzeug“ aufgebaut worden.

Ein besonderer Anziehungspunkt ist die Westpreußen-Halle mit der internationalen Modellbahnschau. Auf etwa 245 Meter Gleisen fahren Liliputzüge aus den verschiedenen Entwicklungsstadien des Eisenbahnwesens. Von der ältesten deutschen Eisenbahn, dem „Adler“, der 1835 zwischen Nürnberg und Fürth verkehrte, bis

als mörderisches System noch nicht demaskiert hatte.

Koestler berichtet ohne tiefenden Ernst; der Humor über rascht, den seine Romane kaum kennen. Seine Selbstironie ist wohlthuend, weil nie der Versuch der Selbstrechtfertigung oder Selbstbeschönigung unternommen wird; seine geschulte psychologische, psychoanalytische Betrachtungsweise eröffnet in ihrer Nutzenanwendung auf die Beurteilung gerade der problematischen politischen Vorgänge ganz neue Perspektiven. Eine Autobiographie, durch deren Seiten der Atem der Aktualität weht.

(Arthur Koestler: „Pfeil ins Blaue“. Verlag Kurt Desch, München.)

zum „Fliegenden Kölner“ und der Einschienenbahn ist hier alles vertreten.

Lebende Märchenbilder mit einer Liliputanergruppe und kunsthandwerkliches Schaffen füllen die Pommern-Halle. Eine Lebkuchenbäckerei ist aufgebaut sowie eine Bambibahn mit einem Kinderkarussell.

Der Weihnachtsmarkt ist bis zum 20. Dezember einschließlich der Sonntage täglich von 10 bis 19 Uhr geöffnet.

### SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

## Bayreuth 1954

Unter den Dirigenten für die Bayreuther Festspiele 1954 ist diesmal auch Wilhelm Furtwängler, der für Beethovens Neunte Symphonie am 9. August verpflichtet wurde. Aus dem Prospekt der Bayreuther Festspiele, der soeben erschienen ist, geht hervor, daß die Fest-

sspiele am 22. Juli mit der Neuinszenierung von „Tannhäuser“ eröffnet werden und bis zum 22. August dauern. Die Spielfolge umfaßt sechs Vorstellungen des „Tannhäuser“, sieben Aufführungen des „Lohengrin“, vier des „Parsifal“ und zwei des „Ring des Nibelungen“.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Charlottenburg 9, Reichsstr. 4, Tel. 92 02 31, Druck: W. Büxenstein, GmbH.